

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzelle oder deren Raum 100.— Mart, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mart. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mart. — Meliamerpreis: Die Millimeterzelle 8 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mart.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Ausdrucker Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod. Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 108.

Freitag, den 11. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Entscheidende Tage im Kampf an der Ruhr

Die Zechenbarone wollen den Abwehrkampf erdroffeln — die klassenbewußte Arbeiterschaft kämpft weiter

Der Reichsausschuß der Betriebsräte ersucht uns um Abdruck der nachfolgenden wichtigen Ausführungen:

Im Ruhrgebiet stehen die Dinge jetzt auf des Messers Schneide. In kürzester Zeit muß sich entscheiden, ob der Widerstand gegen den Raubzug des französischen Imperialismus fortgesetzt werden soll oder nicht. Die Verhinderung des Abtransportes von Kohle und Koks ist durch die unbestreitbaren Erfolge der Franzosen im Eisenbahnwesen in den Brennpunkt des Kampfes gerückt. Dabei wird es sich auch entscheiden, ob die schweren Opfer, die die Eisenbahner auf sich genommen haben — Gefangenschaft, Ausweisungen usw. — nicht doch noch durch feigen Verrat der Zechenbarone zu zwecklosen Opfern gemacht werden.

Die Franzosen haben jetzt einen großzügigen Abtransport von Kohlen und Koks organisiert. Auf über 50 Zechen verladen sie bereits Kohlen, und täglich befehlen sie neue Zechen. Degoutte hat noch einmal den Abtransport von Kohlen, einschließlich der Deputatkohlen, verboten. Alle die mächtigen Kohlenhalben und jedes Stück Kohle, das nun noch gefördert wird, sind so gut wie sicher dem Zugriff des französischen Imperialismus ausgesetzt. Werden jetzt nicht schnell entscheidende Maßnahmen getroffen, werden die noch freien Kohlenhalben nicht schnell durch die Verteilung der Kohlen an die werktätigen Massen abgetragen, und jede weitere Kohlenförderung eingestellt, dann rollen in beispiellos kurzer Zeit ungeheure Mengen von Koks und Kohlen nach Frankreich. Dann hätten die Franzosen im Ruhrgebiet vollständig gesiegt.

Eine Konferenz der revolutionären Betriebsräte der Zechen und der Hüttenbetriebe im besetzten Gebiet hat beschlossen, den Kohlenraubzug des französischen Imperialismus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Keine Arbeit außer den Notstandsarbeiten auf irgendwie von den Franzosen besetzten Zechen! Verteilung der Deputatkohle ohne Rücksichtnahme auf die französischen Verordnungen: Verteilung der auf Halben lagernden Kohlen zu billigem Preise an die arbeitende Bevölkerung! Einstellung jeder weiteren Kohlenförderung, wo die Kohle nicht unmittelbar dem Verbrauch zugeführt wird! Das sind die Beschlüsse der revolutionären Betriebsräte, die sie den Belegschaften, Zechendirektionen, Gewerkschaften, Arbeiterparteien, Gemeindebehörden und der Reichsregierung unterbreiten.

Was tun die Gewerkschaften und Arbeiterparteien?

Die KPD und die Union haben erklärt, daß sie die Beschlüsse der Betriebsräte voll und ganz unterstützen und alles daran setzen werden, um sie gemeinsam mit den Betriebsräten zur Durchführung zu bringen. Der freie Bergarbeiterverband hat auf die Beschlüsse zunächst mit einem Schimpfflugblatt gegen Kommunisten und Syndikalisten geantwortet. Starker Delegations der revolutionären Betriebsräte haben die Führer des Bergarbeiterverbandes und der KPD eine ausweichende Antwort auf präzisere Fragen gegeben. Diese Herrschaften bestanden sich auch jetzt in der für die Arbeiterschaft entscheidenden Situation vollständig im Schlepptau der Zechenbarone. Sie sind dabei, sich den Franzosen auf Kosten der Arbeiterschaft zu unterwerfen, so machen sie das auch mit.

Was machen die Zechenbarone? Was macht die Cuno-Regierung?

In den Direktionen der Zechen und Ruhrgebietes üben heute die gefährlichsten Horden Landesverräter. Auf vielen besetzten Zechen üben die Direktionen einen scharfen Druck auf die Betriebsräte und die Belegschaften aus, um sie zu zwingen, auch unter französischen Besatzungen zu arbeiten. In manchen Fällen haben sie dabei Erfolg gehabt. Auf einigen Zechen (z. B. Moltke 1/2 und Moltke 3/4) werden jetzt Kohlen gefördert und sofort von den Franzosen abtransportiert.

Auf den noch nicht besetzten Zechen widersehen sich die Direktionen einer Einstellung der Kohlenförderung. Sie lassen die Kohlen weiter auf Halben kippen, die in kürzester Zeit auch von den Franzosen abtransportiert werden. Dann muß das Reich, das heißt die Bevölkerung, durch Steuergroschen die Stinnes und Genossen mit Riesensummen entschädigen. Darum ist das deutsche Kohlenkapital an dem Abtransport der Kohlen durch Frankreich mit seinem Weltfakt interessiert.

Der Verteilung der Kohlen an die werktätige Bevölkerung widersehen sich die Zechendirektionen nach wie vor. Sogar die Förderung des Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen, Kohlen gratis an die Aemsten der Armen — Kriegsinvaliden, Sozialrentner usw. — zu verteilen, stößt auf den Widerstand der Zechendirektionen.

Uns naktend, brutalen Profitinteresse liefern die Direktoren die Kohle lieber dem französischen Imperialismus aus, als sie armen, deutschen Kriegskrüppeln zu geben.

Die Regierung Cuno und die deutschen Behörden haben bisher nichts gegen das hochverräterische Treiben der Zechendirektionen unternommen.

Die Delegation der Betriebsräte des Ruhrgebiets wurde von einem Minister zum anderen geschickt, ohne eine Antwort auf ihre Fragen über die Verhinderung der Kohlenabfuhr zu bekommen.

Der Reichswirtschaftsminister Beder schickte die Delegation zum preussischen Wohlfahrtsminister, dieser zum Minister Stiering. Jeder erklärte sich für unzuständig und schimpfte darüber, daß der andere dasselbe getan hatte. Der Reichsfinanzminister Hermes versprach schließlich, sich ernsthaft mit den Fragen zu beschäftigen. Aber alles spricht dafür, daß praktisch von der Regierung nichts geschieht wird.

Zechenbarone und Cuno-Regierung haben den Widerstand gegen den französischen Imperialismus aufgegeben.

Mein schon die Tatsache, daß die Kohlenförderung weiter geht, genügt bei den Fortschritten, die die Franzosen im Eisenbahnbetrieb machen, um den passiven Widerstand praktisch auszuheben und den Franzosen vollen Erfolg zu garantieren.

Nur die klassenbewußte Arbeiterschaft bewirkt sich, den Abwehrkampf weiter zu führen.

Die Cuno-Regierung und die Großbourgeoisie suchen jetzt noch einen Weg, um die bereits eingeleitete Unterwerfung auf Kosten des Proletariats mit einem neuen Versailles Vertrag zum Abschluß zu bringen. Das bedeutet: weitere Zerschüderung Deutschlands, eine schwere Hemmung für den revolutionären Klassenkampf. Als unmittelbare Folge für das werktätige Volk neue schwere Lasten zu den schweren alten.

Der Kampf gegen diese Gefahr kann aber nur mit Erfolg geführt werden, wenn ihn nicht nur das Ruhrproletariat, sondern das ganze deutsche Proletariat führt.

Um die Kapitalisten auf Kosten des Proletariats und die Zerschüderung Deutschlands endgültig zu verhindern, muß die Cuno-Regierung

gestürzt, jede Koalitionsregierung verdrängt und eine Arbeiterregierung erkämpft werden. Voraussetzung für einen Erfolg in diesem Kampf ist größte Aktivität aller revolutionären Arbeiter. Schnellstens muß die kampfbereite proletarische Einheitsfront in allen Orten durch die proletarischen Hundertschaften organisiert werden. In kürzester Frist muß das Proletariat in breiter Front aufmarschieren, um des herrschenden, hochverräterischen Großbourgeois den Garaus zu geben.

Somit ist die Großbourgeoisie Deutschland schen Imperialismus in den Rücken werfen um des heiligen kapitalistischen Profites willen.

Neuer faszistischer Mordstreich!

Er mordung des russischen Bevollmächtigten Worowski in Lausanne

W.B. Lausanne, 10. Mai.

Heute abend 9 Uhr 20 Minuten wurde im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, der russische Bevollmächtigte Worowski beim Abendessen durch einen Revolveranschlag ins Gesicht ermordet. Seine Begleiter, der Pressesekretär Ahrens und der Sekretär Dimitrowski wurden jeder durch mehrere Schüsse verletzt. Dimitrowski ziemlich schwer; Ahrens dagegen leicht verletzt. Der Mörder gehörte der Gruppe der sogenannten schweizerischen Faschisten an, die in den letzten Tagen wiederholt Drohungen gegen Worowski und seine Kollegen bei der Delegation ausgestreut und bereits am letzten Sonntagmorgen einen Schritt beim russischen Bevollmächtigten unternommen hatten, um ihn zum Verlassen der Schweiz zu zwingen. Der Mörder ist Orawindener. Er war heute abend ins Hotel gekommen und hatte sich einige Lische von Worowski entleert zum Essen niedergelassen. Als er fertig war, bestellte er zwei Gläser Viktor und trank sie eilig aus. Er gab dann sieben Schüsse auf die drei Russen ab.

Die Ermordung des sowjetrussischen Bevollmächtigten, Genossen Worowski, in Lausanne reiht sich an die endlose Kette schurkischer Mordstreiche bei internationalen Faschismus an. Überall, in Italien, wie in Frankreich, auf dem Balkan wie in Deutschland beweisen die gefausten Subjekte des verröteten kapitalistischen

Systems, daß die Arbeiterklasse in ihrer Mitte ihrem Faschismus, ihrer Göttergültigkeit mehr und mehr vom weißen Terror zusammengedrückt wird. Pöbeln, Kuremburg, Fogisches und all die Lausende proletarischer Führer und namenhafter Helden, dann G. S. Berger und Raibenu, und nun Worowski. Es ist klar, daß die Faschisten durch die Ermordung Worowskis ihr Mühen süßen wollen, an dem einzigen noch lebenden proletarischen Staat, an Sowjetrußland. Es läßt sich jetzt noch nicht übersehen, wie weit vielleicht eine Entente-Regierung ihre Hand im Spiele hat und ob der Mord mit dem englischen Vorstoß gegen Sowjetrußland in Verbindung steht. Jedenfalls ist die Ermordung Worowskis ein neues Alarmzeichen an die gesamte Arbeiterschaft, höchste Wachsamkeit zu üben. Wer heute die proletarische Einheitsfront zerstückelt, wie es die Sozialdemokraten durch ihre faszistischen Hausnachdiensten im Preußenparlament beabsichtigen, ist ein Verräter an der Arbeiterklasse. Darum: die Einigkeit in der Kampffront über alles! Zur Vernichtung des faszistischen Mordgesindels, das sich auch in Deutschland, und nicht zuletzt in Schlesien, gefährlich breitmacht, dient aber nicht die laule Kommunistenbege der sozialdemokratischen Presse. Hier hilft nur die Tat: Bildung proletarischer Abwehrhundertschaften in den Betrieben!

Für Erfassung der Sachwerte und Produktionskontrolle

Berlin, 9. Mai.

In der Mittwochsitzung des Reichstags nahm nach der herrschenden Praxis der Reichsfinanzminister Dr. Herres noch vor dem kommunistischen Redner das Wort, um in einer 5-Minutenrede fast nichts weiter zu sagen als, daß die Stützungsaktion der Mark fortgesetzt werden solle.

Genosse Fröhlich verneint jedoch mit der ganzen Standhaften Finanzpolitik ab. Die Gewohnheit der Minister, vor der Rede des Kommunisten den Saal zu verlassen, zeigt, daß man unsere Angriffe fürchtet. Der Minister hätte aber bleiben sollen, um zu sagen, ob ihm bekannt ist, daß ein bekannter Großindustrieller sich von der Reichsbank einen 4-Milliarden-Kredit erschwindelt, um die damit erworbenen Devisen sofort mit gewaltigem Profit abzuhelfen. Genosse Fröhlich wies darauf hin, wie die Massen des Volkes dahinstirben, während die Reichen immer reicher und mächtiger werden. Deutschland ist das Objekt der Stinnes, Thyssen usw. Die Armen zahlen immer mehr und die Reichen immer weniger. Der schlimmste legalisierte Steuerbetrug vollzieht sich z. B. bei der Bewertung der Aktien, deren Besitzer als Steuerlast nur den 30. bis 90. Teil ihres wirklichen Wertes zu verlieren haben. Hierdurch werden Milliarden hinterzogen, aber statt der Besitz- und Vermögenssteuer, erhöht man die Verbrauchssteuer zu Lasten der Arbeiter, z. B. die Biersteuer die jetzt gleich um 100 Prozent erhöht werden soll. Der Marksturz ist nur die Folge der allgemeinen Zerrüttung der Wirtschaft und Finanzwesen. Um der Vermehrung der neuen Generation zu verhindern, muß die Cuno-Regierung

Wirtschaft ein Ende zu machen, verlangen wir im Gegenzug zu der Ruiniierung der Schandwirtschaft, die nur an ihren Geldbeutel denken die rückwärtslose Erfassung der Sachwerte sowie die proletarische Kontrolle der Produktionskontrolle. Nur eine zielbewusste Arbeiterpolitik kann uns vor dem Abgrund retten, in den Deutschland jetzt mit offener Augen hineingestürzt wird.

In diesem Sinne ist auch die Entscheidung gehalten, die Genosse Fröhlich namens der kommunistischen Fraktion vorlesete und begründete. Sie verlangt, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzesentwurf über die Erfassung der Sachwerte und Produktionskontrolle durch Vertreter der Arbeiterschaft vorzulegen. In diesem Gesetz müßten zur Bekämpfung der Devisenspekulation durchgreifende Maßnahmen enthalten sein. Aus den beschlagnahmten Beständen dürfen nur jene Beträge freigegeben werden, die nachweisbar zu Zahlungen benötigt werden, ohne die die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Bedarfsartikeln oder die Weiterführung industrieller Betriebe bedroht wird. In der Entschließung wird die Reichsregierung weiter ersucht, gegen Personen, deren spekulative Devisenkäufe den letzten Marksturz eingeleitet haben, an Hand der Bestimmungen des Strafgesetzes ein Verfahren einzuleiten. Auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes sollen ferner durch Verordnung alle Devisenverträge und Bewußt auf Herabdrückung des Marktfusses hinführenden Handlungen unter die höchst zulässige Strafdrohung gestellt werden; daneben hat Vermögenskonfiskation einzutreten. Danach wurde die allgemeine Ausdrucks geschlossen. Das Gehalt des Ministers wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt, ebenso der Rat.

Angenommen wird der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ursachen für die Störung der Marktlagerung.

Die Abstimmung über die erwähnte kommunistische Entschliessung, sowie eine sozialdemokratische Kundgebung wurden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Die Polizeischmach im Preussischen Landtag

Proteststurm der Berliner Arbeiterschaft

Die Mundtotmachung der Arbeitervertreter im Preussischen Landtag hat die lebhafteste Entschliessung der Berliner Arbeiterschaft hervorgerufen. Sofort nahmen die Großbetriebe zu den Vorgängen im Landtag Stellung und überall wurde einmütig von den kommunistischen, unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeitern der Hinauswurf der Kommunisten verurteilt. So liegen Resolutionen von Betriebsversammlungen, die sich gegen die Vergewaltigung der Arbeitervertreter, gegen die Skandalisation und für die Arbeiterregierung aussprechen von der Turbine, Moabit, der Anilinfabrik, Treptow, Rangling und Thomas und der Uga, Lichtenberg, vor. Der Betriebsrat der Moto-Werke, Waggon- und Maschinenbau-Werke, der sich aus SPD- und USPD-Leuten zusammensetzt, fordert von der Reichsregierung, daß sie gegen den Landtagspräsidenten vorgeht. Die Belegschaften der Dinos-Werke, der S. V. Automobilgesellschaft, die Groß-Baumfirma Riedel sprechen Keiner die tiefste Verachtung aus.

Heute Betriebsrätevollversammlung in Berlin

Der von der Landtagsmehrheit unter Führung der Sozialdemokraten vorbereitete und brutal durchgeführte Gewaltstreik hat die gesamte Arbeiterschaft in Bewegung gebracht. Die Bourgeoisie wagt es heute also, die offene Diktatur zu proklamieren und die Vertreter der Kommunisten und der Millionen Arbeiter, die mit ihnen sympathisieren, ihrer Rechte als Vertreter dieser Massen zu berauben. Der Schlag trifft nicht die einzelnen Abgeordneten als Person; er trifft die Massen selbst, denen ein Bewußtsein gehämmert wird, daß die Bourgeoisie nur zum Schein die demokratische Vollvertretung duldet, aber sofort mit aller Brutalität die Diktatur aufrichten versucht, wenn ihre Interessen in Gefahr sind.

Daß sich aber heute die Sozialdemokraten zu verächtlichen Schmeichelein der verkommenen Bourgeoisie erniedrigen, das ist das Empörende an den Vorgängen im Landtag. Überall in den Betrieben regen sich die ehrlichen SPD-Arbeiter und verurteilen aufs Schärfste die Haltung ihrer führenden Sozialdemokraten. Denn die Vertretung eines Abgeordneten ist doch nur ein Vorspiel zur Aktion der Faschisten, der Reichswehr und Polizei gegen die arbeitende Masse selbst, und die zur Wirtlichkeit an ersterem sichig sind, werden auch zu letzterem ihre Dienste leisten, um das Proletariat niederzuschlagen und ihm neue ungeheure Lasten aufzulegen.

Der Proteststurm der Arbeiterschaft hat den Abgeordneten der Berliner Betriebsräte zur Entschloßnahme gezwungen. Die Betriebsräte werden zum heutigen Freitag einberufen, sie sollen nach Absprache eines kommunistischen und eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten selbst die Entschloßnahme treffen. Die beiden Fraktionen sind einig.

Was bedeutet die USPD?

Die Artikel im Landtage unter Führung von 22 Abgeordneten soll zweifellos nur der Vorläufer zu einer sozialdemokratischen Kammer gegen die Kommunisten sein. Die Sozialdemokraten wissen, daß die Pragerlein im Landtage sich nicht auf den Landtag beschränken, daß sie hinausgetragen werden in die Verhältnisse der Arbeiter und von den Verhältnissen in die Betriebe. Sie wollen, daß der Pragerlein der Abgeordneten die Pragerlein der Arbeiter untereinander folgen lassen. Des mehr über das und unter allen Umständen begründet werden!

GelehrtenbeugegendieZucht- hausinsassen in Brandenburg

Der Verstoßung der bürgerlichen Justiz in der deutschen Republik ist schämender wie je zuvor. Richter sich nicht nur gegen die politischen und sozialen Gefangenen, sondern auch die bürgerlichen Insassen der Zuchthäuser und Gefängnisse haben durchzuführen zu lassen. Hungerlohn, Peiten, Daulsch, und nur einige wenige Paparazzi für die aufstrebende Zwangsarbeit, das sind die Mittel, die sichschloß gegen die Gefangenen angewendet werden. Schon vor einigen Wochen brach im Zuchthaus Brandenburg eine Meuterei der Gefangenen aus, die sich gegen die Hungerlohn und die ungenügende Versorgung richtete. Durch das Eingreifen unserer kommunistischen Landtagsabgeordneten wurden denn den Gefangenen einige Verbesserungen verschafft. Jetzt ist es abermals an einem Aufstand der Gefangenen im Zuchthaus Brandenburg gekommen. Die bürgerliche Presse bringt darüber sensationell aufgebaute Berichte, die den Eindruck der Tage von dort her an den Sinn erwecken. Das eine ist aber unabweislich, daß die Insassen empfinden: gegen die oberen Stände des Zuchthausgefängnisses wird von einem Polizeiverbot ein andauerndes Feuer aus Kanonen unterhalten.

Kommunistische Landtagsabgeordnete sind nach Brandenburg gefahren, um sich an Ort und Stelle von dem wahren Sachverhalt zu überzeugen; wir werden über das Ergebnis berichten.

Unerhörte Bespizelung der Arbeiterschaft

Breslau, 11. Mai.

Die faschistischen Horden können Schurkenstreiche auf Schurkenstreiche begehen, Waffenlager anhäufen und mit Gewalttaten gegen die Arbeiter vorgehen. Ihnen trümmt niemand ein Haar. Sie können ungestört auf den Sturz der Republik im reaktionären Sinne hinarbeiten. Wo ist da die republikanische Behörde?

Andererseits, wenn es sich um die Bespizelung der Abwehrmaßnahmen gegen das Proletariat handelt. Heute morgen rückte eine Kolonne Kriminalpolizisten in Stärke von 5 Mann in das Gebäude Trebnitzer Straße 50 ein. Sie durchsuchten das Bezirkssekretariat der KPD, die Räume der Produktivgenossenschaft und der Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ nach Material über die Bildung proletarischer Hundertschaften.

So läßt der sozialdemokratische Innenminister Gebering gegen das Proletariat arbeiten! Ständig werden auch sozialdemokratische Arbeiter von Faschisten brutalisiert, wenn nicht ermordet, wie in Bayern. Mehr und mehr beteiligen sich sozialdemokratische Arbeiter an den Abwehrmaßnahmen. Herr Gebering aber läßt haushalten nach proletarischen Hundertschaften. Eine feine Republik. Ein feiner sozialdemokratischer Minister.

Der Krieg an der Ruhr Revision im Krupp-Prozess

Die im Werdenener Prozeß Verurteilten haben Revision eingeleitet. Die Revision wird voraussichtlich am 18. Mai zur Verhandlung kommen.

TU. Offen, 9. Mai. Werksleiter und Betriebsrat der Kruppischen Fabrik erlassen noch folgende Bekanntmachung an die Kruppischen Angehörigen: Wegen der Vorgänge am Karfreitag hat das französische Kriegsgericht in Werden nach vierstündiger Verhandlung gestern das Urteil gefällt. Gegen das Urteil ist das Rechtsverfahren der Revision eingeleitet worden. Nach eingehender Prüfung und Überlegung bitten wir alle Werksangehörigen dringend, auch angesichts dieses unangenehmen Urteils die berechtigten Gefühle tiefer Erregung zurückzustellen und wie bisher weiter Würde und Besonnenheit zu bewahren. Dies entspricht auch dem Wunsch des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach und der übrigen Beteiligten.

Der Ortsausschuß Essen des USPD hat als Protest gegen das Werdenener Urteil nach einem ähnlichen Beschluß der Krupp-Verlegschaft zu einer 5-stündigen Arbeitssperre aufgerufen. Am Freitag wird in Essen von 11 Uhr bis 4 Uhr nicht gearbeitet.

Gegen französische Kriegsgerichts-Justiz

Zu gleicher Zeit mit der Beurteilung der Krupp-Direktoren wurde in Mainz der Prozeß gegen eine Reihe deutscher Eisenbahner und Gewerkschaftsführer insbesondere von dem Reichsverband deutscher Eisenbahner und vom USPD verhandelt. Die Angeklagten wurden zu hohen Gefängnisstrafen im Durchschnitt von 4 bis 10 Jahren verurteilt.

Die bürgerliche Presse nennt davon wenig Notiz. Wovon auch? Hier trüben sich die französischen Militaristen in nur gegen unsere Beamten und Gewerkschaftler. Unde leuter erwidert sie sich über das Werdenener Urteil. Gut, und Gebert haben in einem Telegramm die aktive Hilfe des deutschen Volkes für eine baldige Freilassung versprochen. Die deutsche Parteiorganisation besteht in einer ähnlichen Erklärung gegen das Urteil.

Warum nur bei den Krupp-Direktoren?

Neue Eisenbahner-Anweisungen

Die Anweisungen der deutschen Eisenbahner gehen im belegten Gebiet in immer größerem Umfang und mit äußerster Brutalität vor sich. Die gesamte internationale Arbeiterbewegung muß endlich eingreifen. Der blutige Besatz muss verhindert werden, seine imperialistischen Pläne auf Kosten der verurteilten Arbeiter durchzuführen. Die Franzosen belegen heute einen Teil des Schachthaus Dortmunds, und zwar die Anschlagstelle zu den Zechen „Porzfeld“ und „Karl's Süd“. Der Eisenbahnerstreik in dieser Gegend ist vollständig unterbrochen. Die Arbeiter haben sich bei den Zechen, die Kohlen der Zechen, die nach einer französischen Regierung bereits beschlagnahmt sind, absetzen zu lassen.

Genosse Kijak verhaftet!

Frankfurter, 8. Mai. Französische Offiziere ließen in Henegou den Genossen Kijak, den 1. Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Essen, aus dem Zuge heraus zu ziehen. Genosse Kijak wurde einem Kruppischen Arbeiter, Französischer Kriminalpolizist nahm ihn sein gesamtes Material, darunter Landkarten und Verbands-Einstellen, ab. Erst auf energische Proteste hin wurde Genosse

Kijak durch das Eingreifen eines höheren Offiziers freigelassen. Kaum traf unser Genosse im unbefestigten Gebiet im Wagen ein, so holten ihn die deutschen Wehren aus dem Wagen und nahmen ihn fest.

Wir fordern sofortige Freilassung des Genossen Kijak. Die ungeheuerliche Gewaltmaßnahme der deutschen Schupo muß sofort rückgängig gemacht werden.

Neue Befehle

Essen, 10. Mai.

Heute vormittag befehlen die Franzosen von der Wehrerschaft „Zollverein“ die Schachtanlagen 4 und 5. In Katernberg rissen sie die Anschlagstelle auf.

Ein Zug in den Rhein gestürzt

Die Wälder melden: Aus St. Goar ein getroffene Reisende berichten, daß ein von den Franzosen geführter Zug in den Rhein gestürzt sei. Bisher seien 29 Tote geborgen. Die Franzosen hätten die Umgebung abgsperrt, um nichts über den Vorfall bekannt werden zu lassen.

Baldwins Erklärung

Der Schachthaus Baldwin gab in der gestrigen Unterhaus-Sitzung eine Regierungserklärung ab, die sich gegen die separate Antwort von Frankreich und Belgien wandte. Die britische Regierung bedauere diesen Schritt, weil dadurch eine Gelegenheit verloren geht, durch eine gemeinsame Rundgebung erneut die Solidarität der Entente und der Alliierten zu bezeugen.

Die deutsche Presse, darunter besonders stark der „Vorwärts“ und die „D. A. Z.“ kommentieren diese Ausführungen unter dem Schlagwort: Baldwin gegen Poincare. Die ganze bisherige Haltung Englands zeigt, daß auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Vertrauensvotum für Poincare

Die Kammer hat in ihrer Sitzung nach dem Bericht über die auswärtige Politik, der sich auf einen Hinweis auf die französische Antwort an Deutschland beschränkte, mit 498 gegen 76 Stimmen der Regierung Poincare ihr Vertrauen ausgesprochen.

Kommunisten und Versailler Friedensvertrag

Zum Etat für die Ausführung des Friedensvertrages gibt die kommunistische Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

Die kommunistische Fraktion erblidet in dem Versailler Friedensvertrag ein bloßes Diktat der räuberischen Imperialismus und sieht in seiner Vernichtung die Voraussetzung für die Beilegung des permanenten Kriegszustandes, in den die Todeszuden des Kapitalismus die Welt versetzt haben, zugleich ist die Vernichtung des Versailler Friedensvertrages die Voraussetzung für den sozialistischen Wiederaufbau Europas. Aber die Vernichtung des Versailler Diktates ist nur möglich, durch den vereinten, entschlossenen Kampfstamp des Proletariats aller Länder.

Wir Kommunisten erkennen an, daß eine proletarische Regierung in einem vereinigten Lande von übermächtigen Nachbarn gezwungen werden kann, räuberische Forderungen vorübergehend zu erfüllen. Sie würde sich solchen Zwänge nur fügen, um jene Zeitpanne zu gewinnen, die notwendig ist, um die proletarische Macht soweit zu stärken, daß sie im Kampfe gegen den auswärtigen Imperialismus antreten kann. Eine solche proletarische Regierung wird aber auch den Willen und die Macht haben, die Zeiten der vorübergehenden Erfüllung des Friedensvertrages der niedergeworfenen Bourgeoisie anzuerkennen.

Die kapitalistische Reparationspolitik ist der zum Scheitern verurteilte Versuch des internationalen Kapitalismus, die Zerrüttung der Welt auf Kosten der Schwachen zu befestigen. Sie findet ihre Vollendung in der Erfüllungspolitik der deutschen Regierung, die alle Vatten der Friedensverträge durch räuberische Ausplünderung und Verflawung dem Proletariat opfert. Das zwingt die kommunistische Fraktion den Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages abzulehnen.

Englische Kriegshehe gegen Sowjetrußland

London, 9. Mai.

In Unterhaus hat Kammorthy um Information bezüglich der Beschlagnahme des britischen Fischdampfers „Lord Alton“ erfragt, ob das britische Kriegsschiff „Harehall“ Besatz erhalten habe, sich nach der russischen Küste zum Schutze der britischen Fischerei zu bewegen, und ob der befehlshabende Offizier Anweisung erhalten habe, das Feuer auf russische Schiffe zu eröffnen, die britische Schiffe in den internationalen Gewässern beschlagnahmen. (Sonderbeilage auf der Regierungseite). Der Admiral erwiderte, der britische Agent in Moskau sei angewiesen, zu versuchen, eine Festätigung des Beschlages über die Beschlagnahme dieses britischen Fischdampfers zu erhalten und die sofortige beidungungslose Freigabe des Fahrzeuges und seiner Mannschaft sowie die Heimbeförderung der letzteren zu fordern. Das Kriegsschiff „Harehall“ habe Besatz erhalten, Befehlungen britischer Schiffe außerhalb der Dreimeilenzone zu verhindern, wenn nötig mit Gewalt. (Sonderbeilage auf der Regierungseite, auf der Arbeiterseite dagegen zahlreiche Zwischenrufe, wie: „Noch mehr Krieg?“ (Vergl. auch 3. Seite).

Faschistischer Feuerüberfall auf kommunistische Jugend in Berlin

Die kommunistische Jugend, Kreis Mitte, hatte am Freitag Abend ihre Veranstaltung in der Schule Auguststraße 88. Genossen, die kamen, wurden draußen von Faschisten bedröht, erschossen zu werden. Gegen 9 Uhr sammelten sich die Faschisten vor der Tür des Schulhauses. Es waren einige Radfahrer dabei und die „Befehle“ der Haustür gingen völlig militärisch vor sich. Nach Schluß der Veranstaltung gingen die Jugendgenossen geschloffen nach Hause. In der Kleinen Hamburger Straße stürzte sich eine Bande von etwa 30 Faschisten auf die Genossen und schoß in den Kleinen Zug hinein. Dabei wurden einige Genossen verwundet, Eppo griff ein und verhaftete einige unserer Genossen sowie unbeteiligte Passanten, aber nur einzelne Faschisten. Die Bande bestand teils aus Bismarckbühlern und teils aus Mitgliedern des „Bundes der Aufrechten“, wie unsere Genossen aus den dem schiefhastigen Burchen abgenommenen Abzeichen feststellen konnten.

Die Verhafteten wurden nach der Wache in der Elbasser Straße transportiert. Es war noch nicht möglich, festzustellen, wie viele unserer Genossen verhaftet und verwundet worden sind.

Genin frei, Höllein bleibt in Haft

Paris, 8. Mai.

Der kommunistische Abgeordnete Genin und die mit ihm angeklagten Kommunisten, die vom Staatsgerichtshof abgeurteilt werden sollen, wurden in Freiheit gesetzt. Außer dem deutschen Reichstagsabgeordneten Höllein verbleiben noch zwei Angeklagte in Untersuchungshaft, die beurlaubt werden, Soldaten zum Ungehorsam verurteilt zu haben.

Haftentlassung des Genossen Dotal

Der bei dem internationalen Meeting am 29. April in Badenbad verhaftete französische Genosse Dotal wurde am Montag nachmittag aus dem Gerichtsgefängnis in Schwabach entlassen. Unseren Genossen gelang es, die schon vor seiner Entlassung verfügte Ausweisung nach Frankreich zu verhindern, so daß Genosse Dotal in die Schweizpostkarte gehen konnte.

Französische Aufrüstung in Polen

Pol. Tel. Warschau, 8. Mai.

Vor der Abreise nach Posen, die um 12 Uhr nachts erfolgte, nahm Marschall Foch an einer Gesellschaft bei dem französischen Gesandten teil. Nach Posen wird Foch begleitet von dem Kriegsminister Sosnowski, dem General Dupont und einer Reihe französischer Offiziere. Am 9. Mai fährt Foch von Posen nach Warschau und begibt sich unverzüglich nach Lemberg. Nach Krakau wird ihn Marschall Bilsudski begleiten. Zu Ehren der Anwesenheit des Marschalls Foch prangt die Stadt in reichem Flaggenschmuck. Nach der üblichen Begrüßung auf dem Bahnhof begab sich Foch im Auto nach dem Glezterplatz, wo er eine Truppenrevue abgibt.

Zichons Verurteilung im Kirchenkonzil

WSB. Moskau, 4. Mai.

Auf dem russischen Kirchenkonzil verlas den Metropoliten Antonin einer am Vorabend gefassten Beschluß von 46 Bischöfen, darunter 4 Metropoliten, die es für notwendig erachteten, Zichon seines Amtes zu entheben. Das Konzil nahm mit allen Stimmen gegen eine, sei fünf Stimmenenthaltungen, eine Entschliessung an, in der erklärt wird, Zichon sei ein Abtrünniger der wirtlichen Lehre und ein Verräter an der Kirche gewesen. Zichon wird auf Grund der kanonischen Gesetze seines Amtes und seiner geistlichen Würden enthoben. Zugleich richtet das Konzil an alle Geistlichen die Mahnung, jeden Versuch, die Kirche für politische Zwecke auszunutzen, zu unterlassen. Die von der Sowjetmacht durchgeführte Trennung von Kirche und Staat lasse der Kirche größte Freiheit. Jeder Gläubige müsse dabei ein ehrlicher Sowjetbürger sein und der Sowjetmacht bei der Errichtung des Reiches Gottes auf Erden helfen. Indem das Konzil Zichon verurteilt, erklärt es das Patriarchat für eine gegenrevolutionäre Einrichtung und beschließt dessen Abschaffung.

Die tschechische Sozialdemokratie schlägt los!

Reichenberg, 9. Mai.

Die tschechische Sozialdemokratie hat den Zentralverband der Schuhmacher in Prag wegen Angehörigkeit zur Roten Gewerkschaftsinternationale aufgelöst. Sämtliche Gruppen sind aufgelöst und das ganze Vermögen beschlagnahmt. In der Regierung, die diese Auflösung angeordnet hat, sieht die tschechische Sozialdemokratie, die der 2. Internationale angehört und in Hamburg zur „Vereinigung“ erschienen wird. Sie letzte erst ein Ausnahmengesetz durch, um mit der Auflösung kommunistischer Parteioptionen und mannehr Gewerkschaftsorganisationen einzufehen.

Heute abend 5 1/2 Uhr Massenversammlung im Schiefwerder Protest gegen die Diktatur des Polizeisturms im Preussenparlament

Die Front gegen das Proletariat in Polen

Bourgeoisie und Sozialpatrioten Arm in Arm

Von W. Lada

Am 13. April hat das einzige legal erscheinende, der kommunistischen Weltanschauung nahestehende polnische Blatt, das Wochenblatt „Der Arbeiterkampf“, die Aufrufe der Frankfurter Arbeiterkonferenz veröffentlicht. Nach dem freundlichen Empfang, den der Ministerpräsident Sikorski vor kurzem dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer), Gdo Gimmien, bereitet hat, nach der wohlwollenden Duldung der Finnen gegen die Proteste gegen Krieg, die an den Mauern Warschaus kurz vor Gimmien's Ankunft angeschlagen wurden, könnte man vielleicht erwarten, daß die Polizei des Generals Sikorski auch die in ihrer Sprache äußerst mühsigen Aufrufe der internationalen Frankfurter Arbeiterkonferenz ruhig verbreiten läßt — um so mehr als die Auflage des „Arbeiterkampfes“ doch nicht so riesengroß ist, daß daraus dem polnischen Staat schon eine Gefahr entstehen könnte.

Aber dem beschränkten Untertanenverstande ist es nicht beschieden, manches zu enträtseln, was die hohen Träger der Staatsidee für notwendig zu beschließen trachten. Vielleicht lag das Rätsel des Geheimnisses in diesem Falle darin, daß eben am Vormittag der Sejm — wie ein Mann! — von dem frommen Christen Kosianski, dem bekannten geheimen Führer der Minderheiten in Oberschlesien, bis zu dem jüdischen Rabbiner Vermlutter, von dem berühmtesten Vogrom-Propagandeur und Waffenkundler bis zu dem Regierungsbildner und ukrainischen Poppen Ilow, von dem Faschistenführer und berüchtigten Briofdiel Osmowski bis zu dem letzten sozialistischen „Arbeitervertreter“ aus der polnischen Sozialistischen Partei, gegen die Einrichtung des Waffenbudgets durch die „hollschewistische Barbarei“ heftig protestierte und Rache für ein derartiges „freudloses Verbrechen gegen die Menschheit“ forderte. (Daß die beiden kommunistischen Abgeordneten Lanucki und Krolowski gegen diese Resolution stimmten — darüber schweigen natürlich die bürgerlichen Zeitungsberichte; stehen ja doch die Kommunisten seit je außerhalb der Volksgemeinschaft!) Vielleicht liegt aber die Erklärung der Handlungsweise der Behörden des Generals Sikorski darin, daß, nachdem die faschistischen — oder einfach echt-polnischen — Banden noch vor diesem Sejm an den „jüdischen“ Gewalthabern aus Moskau „Rache“ nahmen, indem sie, von niemandem behindert, in den Straßen Warschaus Juden und jüdenähnliche christliche Passanten mißhandelten und massakrierten, die Behörden des Generals Sikorski jetzt nachträglich diesen Angehörigen zeigen wollten, wie die richtige, die echte Methode der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr beschaffen sein muß.

Obgleich die Verbreitung der Aufrufe der internationalen Frankfurter Arbeiterkonferenz nicht in der „freien“, auf eine „Rechtsordnung“ aufgebauten demokratischen polnischen Republik, die sich als der Schutzwart der westlichen Kultur gegen die „hollschewistische Barbarei“ des Ostens

betrachtet, verboten; diejenigen, die sich in dieser Richtung schuldig machen, werden nach der ganzen Strenge des — russischen zaristischen Strafrechts verfolgt und bestraft.

Um dieselbe Zeit aber, am 12. April, wandte sich das Zentralkomitee der kommunistischen Arbeiterpartei Polens an das Zentralkomitee der polnischen Sozialistischen Partei mit einem Schreiben, in dem es vorschlägt: 1. die gemeinsame Organisierung der Arbeiter, 2. die gemeinsame Organisierung einer Woche des Kampfes gegen Militarismus und Faschismus, und zwar mit der Berufung darauf, daß es sich um Gefahren handelt, die die gesamte Arbeiterklasse bedrohen und zu deren Bekämpfung die Zusammenfassung aller Arbeiterkräfte notwendig ist. Die Antwort wird unseren Freunden öffentlich im Zentralorgan der WP, dem „Robinnik“, erteilt. Es gelte noch heute, den Kommunisten auf ihre „heuchlerischen“ und „hinterlistigen“ Angebote dieselbe Antwort zu erteilen, die ihnen vor Jahr und Tag erteilt worden ist. Diese bleibt „für immer“ in Kraft. Die Erfahrung des letzten Jahres habe die Richtigkeit dieses Standpunktes bestätigt. Keine sozialistische Partei in Europa erkenne eine gemeinsame Front mit den Kommunisten an. Auch die Amsterdamer Internationale habe eine ablehnende Stellung eingenommen.

So die Herren Sozialpatrioten. Was können sie auch anderes tun! Sie, deren offizieller Vertreter noch vor kurzem auf dem Parteitag der lettischen Sozialdemokratie erklärt hat, daß seine Partei sich auf Obedienz und Verderb ihrer Bourgeoisie verlaßt hat, indem sie sich verpfändete, unter allen Umständen die „Anabhängigkeit“ ihres Staates zu verteidigen; sie, deren offizielle Vertreter den räuberischen Einfall Poincares ins Ruhrgebiet im „Staatsinteresse“ des bürgerlichen Volens mit derselben Untertänigkeit verteidigten, wie sie einst im Interesse desselben „unabhängigen“ Volens alle Missetaten des deutschen Imperialismus verteidigt hatten; sie, die die Hehe „ihrer“ Bourgeoisie gegen Sowjetrußland, gegen den internationalen Kommunismus mit derselben Kraft aber mit einer noch viel größeren Verbissenheit, mitmachen; sie, die nichts als Vateien der Nationen der französischen imperialistischen Bourgeoisie in diesem Moment sind!

Für uns war es klar, und durch die letzten Schritte der WP wird es bestätigt: daß sie in einer Front mit ihrer Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat stehen. Aber ihre Antwort wird auch manchem Arbeiter, der an sie den Glauben noch nicht endgültig verloren hat, die Augen öffnen. Denn die Herrschaften lernen sich, und sie können dabei noch ihr blaues Wunder erleben. Denn die Amsterdamer Internationale erweist sich nicht mehr dem „Ansturm“ der Kommunisten gewachsen. Und bald wird es vielleicht zwischen manchen „Amsterdamer“ — die ihre Klassenlehre der Bourgeoisie noch nicht endgültig verkauft haben — und den Kommunisten zu einer Einheitsfront kommen. Und darum, ihr Herren Sozialpatrioten, sprecht nie das Wort „für immer“ aus!

Im Moment, da sich dieser Artikel im Druck befindet, erfahren wir, daß auch die Gewerkschaftskommission beschlossen hat, die Maidemonstration nur mit jenen Parteien zusammen

zu organisieren, die im „brüderlichen Verhältnis“ zu ihr stehen. Als solche werden betrachtet: die Polnische Sozialistische Partei, der Jüdische Arbeiterbund und die Deutsche Sozialdemokratische Partei. Allen angeschlossenen Verbänden wurde strengstens anbefohlen, sich an diesem Beschluß absolut zu halten. Und die Resultate dieser „patriotischen“ Konvention?

Am 23. April ist eine neue Nummer des „Arbeiterkampfes“ beschlagnahmt und das Blatt selbst gerichtlich eingekerkert worden. Am Vorabend des 1. Mai machte aber die Regierung bekannt, daß „alle kommunistischen Kundgebungen im Reime erstickt werden“. Und in der Tat: die Polizei Warschaus schritt — wie uns telegraphisch gemeldet wird — mit blanker Waffe gegen die kommunistischen „Streikfriede“ ein, wobei es einige Verwundete gab.

Die sozialpatriotischen Narren werden aus ihrer Saart Wind ernten! Denn hier heißt es: heute mir, morgen dir!

Die Frankfurter Delegierten in Amsterdam

Die Frankfurter Internationale Konferenz hatte, wie bekannt, beschloffen, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen und sie zu einem gemeinsamen Kampfe gegen Imperialismus und Faschismus zu veranlassen. Die Frankfurter Deputation, die mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund verhandeln sollte, hatte, da die holländische Regierung einen Vorverweigerer, nochmals versucht, die Grenze zu überschreiten. Einige Male wurden die Angehörigen der Delegation von der Grenzpolizei verhaftet, bis es schließlich am 3. Mai den Genossen Dupilet, Friege (WSPD), Sederl und Kalmin (Vorsitzender der russischen Bergarbeiter und Sekretär der RÖB.) gelang, nach Amsterdam zu kommen. Sie wurden von den Sekretären des IGB, Unbegeest, Gimmien, Brown und Sassenbach empfangen und schlugen diesen vor, die Einheitsfront gegen Kriegsgefahr, Faschismus, kapitalistische Offensive und Koalition zu bilden.

Die Amsterdamer erklärten, auch sie tähen die großen Gefahren, aber der IGB sei nicht „kosmopolitisch“, sondern nur eine Bereinigung nationaler Organisationen; es mühten also erst die Völkervereinigungen mit der Kampfeinheitsfront einberufen sein. Ferner ständen dem Vorschlage die Beschlüsse des Römerkongresses entgegen. Schließlich fehle das gegenseitige Vertrauen.

Die Frankfurter Deputation entgegnete darauf, eine Internationale könne unmöglich eine Organisation sein von nationalen Organisationen, in der jede nationale Organisation tun und lassen könne, was sie wolle. J. mir-destens müsse doch die Spitzenorganisation das Recht haben, Ratschläge zu erteilen und die Autorität haben, diesen Ratschlägen auch Anerkennung zu verschaffen.

Ferner bewelle gerade die Römer Konferenz, daß sich die Völkervereinigungen an internationale Beschlüsse halten, sofern sich diese — gegen revolutionäre Gewerkschaften richten. Die Römer Konferenz habe die Arbeitsgemein-

schaften Klassenkampfsmittler Organisationen ermöglicht. Was schließlich das gegenseitige Vertrauen betreffe, so komme das von selber, sobald beide Teile des gemeinsamen Kampfes ehehrlich führen und nicht etwa der eine Teil sich ins Lager der Klassenfeinde begibt, wie Merrheim beim letzten französischen Bergarbeiterstreik und Dertree bei der Ruhrbesetzung.

Die Sekretäre des IGB erklärten hierauf nicht sie, sondern nur der Bundesvorstand sei in der Lage, eine endgültige Antwort zu geben; sie hätten um schriftliche Formulierung der Vorschläge und um vorläufige Geheimhaltung der Verhandlungen.

Auf diese letzten Forderungen gingen die Frankfurter Delegierten nicht ein, weil es für sie nicht, wenn die Arbeiterklasse vom Stand der Verhandlungen über die Kampfeinheitsfront erfahren. Ein schriftlicher Vorschlag wird eingebracht.

Der Bundesvorstand wird also jetzt Stellung zu nehmen haben. Aber die Bildung der Kampfgemeinschaft, die Erstensfrage des deutschen und internationalen Proletariats hängt nicht von den Beschlüssen einiger Leute am grünen Tisch abhängig gemacht werden. Der Wille der Massen selber ist das Entscheidende. Und die Arbeiter aller Länder, insbesondere die am meisten leidenden deutschen Proletarier müssen durch schärfsten Druck dafür sorgen, daß der Amsterdamer Bundesvorstand in ihrem Sinne handelt und nach dem Vorschlage der Frankfurter Konferenz mit allen anderen Arbeiterorganisationen gemeinsam den Kampf gegen unsere Klassenfeinde aufnimmt.

Englischer Vorstoß gegen Sowjetrußland

WSP London, 9. Mai

Reuter meldet: In der britischen Note an die Sowjetregierung wird diese der ständigen und flagranten Verletzung der Bedingungen des englisch-russischen Handelsabkommens beschuldigt, in dem versprochen wird, von feindseligen Aktionen oder einer derartigen Propaganda Abstand zu nehmen. Es wird auf antienglische Maßnahmen der Sowjetbehörden in Asien, besonders in Persien, Afghanistan und Indien verwiesen. Aus amtlichen russischen Dokumenten wird angeführt, welche Summen ausgegeben und welche Pläne betreffend Unterstützung der Aufständischen mit Waffen aufgestellt worden seien. Die Einstellung dieser Maßnahmen wird gefordert, ferner Entschädigung für gegen britische Untertanen begangene Missetaten und für Beschlagnahme britischer Fischerdampfer an der Murmanküste. Die Note sagt weiter, es sei Zeit, daß der Sowjetregierung klargemacht werde, daß sie nicht ungestraft in willkürlicher Weise gegen britische Untertanen und Schiffe auftreten dürfe. Es wird die Zurücknahme der beleidigenden Antworten der Sowjetregierung auf die britischen Vorstellungen betreffend die Verurteilung von Geistlichen gefordert. Am Schluß heißt es, wenn die Sowjetregierung sich nicht binnen zehn Tagen verpflichtet, diesen Forderungen voll und bedingungslos zu entsprechen, werde die britische Regierung es als ausgemacht ansehen, daß die Sowjetregierung

Die ukrainische Sache.

Ein sozialer Roman von Iac London.

89]

Die harten Zeiten von 1912 hatten bereits ein erschreckendes Fallen der Preise auf den landwirtschaftlichen Märkten hervorgerufen. Jetzt wurden die Preise absichtlich bis zum Ruin der Bauern gedrückt, und die Eisenbahnen mit ihrem übermäßigen Tarif zerbrachen den Rücken des Bauern-Kamels. Die Bauern waren gezwungen, immer noch mehr Geld aufzunehmen, während es ihnen unmöglich gemacht wurde, alte Schulden zu bezahlen. Dann folgten die große, hypothekarische Verschuldung und verstärkte Ansammlung von Schuldscheinen. Die Bauern übergaben einfach dem Landtrutz ihr Land. Es blieb ihnen nichts anderes übrig. Und nachdem sie ihren Besitz abgetreten hatten, arbeiteten sie für den Landtrutz als Heimer, Inhabern, Arbeiter und einfache Knechte. Sie arbeiteten gegen Lohn. Sie wurden Leibeigene, kurz gesagt — Sklaven, die an die Scholle gebunden waren und gegen Lohn arbeiten mußten. Sie konnten nicht von ihrem Herren fortlaufen, denn diese waren Mitglieder der Plutokratie. Sie konnten auch nicht in die Städte gehen, denn auch hier hatte die Plutokratie die Gewalt. Sie hatten nur eine Möglichkeit, die heimtückische Scholle zu verlassen, um Landreicher zu werden und zu hungern. Und auch das war ihnen unterbunden, denn es wurden strenge Landstreitergesetze erlassen und unmenschlich durchgeführt.

Sie und da gab es natürlich Bauern und ganze Bauerngemeinschaften, die der Enteignung infolge ungenügender Verhältnisse entgangen waren. Aber es waren nur wenige und zählten nicht, und auch sie wurden irgendwie im Laufe des nächsten Jahres eingeeicht.

Aus diesen Grunde nahmen im Herbst 1912 die Führer der Sozialisten, mit Ausnahme von Ernst an, daß das Ende des Kapitalismus gekommen sei. Sie wußten, wie hart auch die Zeiten und infolgedessen wie ungeheuer die Heere

der Arbeitslosen anstiegen, und ungeachtet der Vernichtung des Bauern und des Mittelstandes und der entschiedenen Niederlage, die den Arbeiterorganisationen auf der ganzen Linie beigebracht worden war. Die Sozialisten glaubten fest an das Ende des Kapitalismus und warfen der Plutokratie den Fehdehandschuh hin.

Wohl wie unerschütterlich die Kraft des Gegners! Überall verkündeten die Sozialisten ihren demnächstigen Sieg an der Wahlurne und setzten mit deutlichen Worten die Lage auseinander. Die Plutokratie nahm den Fehdehandschuh an. Sie war es, die, prüfend und wachend, uns belegte, indem sie unsere Macht zerstückelte. Sie war es, die durch geheime Agenten ausstreuten ließ, daß die Sozialisten Gotteslästerer und Atheisten seien. Sie war es, die die Kirchen und vor allem die katholische Kirche auf den Plan rief und uns dadurch eine Menge Arbeiterstimmen abjagte. Und die Plutokratie war es, die, natürlich wieder durch ihre Geheimagenten, die Bauernpartei ermunterte, und dann die Bauern in die Städte und in die Reihen des sterbenden Mittelstandes zu zerstreuen.

Immerhin trat der Ruch nach Unten ein. Aber anstatt eines durchgreifenden Erfolges, der uns die höchste Vollziehungsgewalt und das Uebergewicht in allen gelegentlichen Körperschaften gesichert hätte, haben wir uns selbst in der Minderheit. Allerdings hätten wir fünfzig Kongreßmitglieder gewählt; aber als diese im Frühjahr 1913 ihre Sitze einnahmen, entdeckten sie ihre gänzliche Machtlosigkeit. Sie waren aber immer noch glücklicher als die Bauern, die ein zehntel Blöße gewonnen hatten, sie aber im Frühjahr überhaupt nicht einnehmen konnten. Die Inhaber derselben weigerten sich, sie zu verlassen, und die Gerichte waren in den Händen der Oligarchie. Doch das greift den Gang der Ereignisse zu weit vor. Ich muß zuerst von den aufregenden Zeiten des Winters 1912 erzählen.

Die schweren Zeiten hatten eine gewaltige Abwanderung verursacht. Die Arbeiter, meistens ohne Arbeit, hatten kein Geld, um zu kaufen.

Die Folge davon war, daß die Plutokratie einen größeren Ueberschuß als je auf Lager hatte. Diesen Ueberschuß mußte sie an das Ausland verkaufen, denn, um ihre riesigen Pläne zur Ausführung zu bringen, hatte sie viel Geld nötig. Infolge der großen Anstrengungen, die sie machte, um diesen Ueberschuß auf dem Weltmarkt zu verkaufen, rief die Plutokratie mit Deutschland zusammen Wirtschaftliche Zusammenstöße pflegen durch Kriege ausgeglichen zu werden, und dieser besondere Zusammenhang bildete keine Ausnahme. Der mächtigste deutsche Kriegsherr rüstete, und dasselbe taten die Vereinigten Staaten.

Die Kriegswolken hingen schwarz und drohend am Himmel. Die Lage war für eine Weltkatastrophe geeignet, denn in der ganzen Welt waren schwere Zeiten, Arbeiterunruhen, untergehender Mittelstand, Heere von Arbeitslosen, Zusammenstöße wirtschaftlicher Interessengruppen auf dem Weltmarkt, und ein Gemurmel und Geraune von Weltrevolution.

Die Oligarchie wollte den Krieg mit Deutschland, und zwar aus einem zehntel Grunde. In dem Trugspiel der Ereignisse, das ein solcher Krieg verursachen würde, in der Neuaufrichtung der internationalen Karten und in dem Abschluß neuer Verträge und Abstände hätte die Oligarchie viel zu gewinnen. Ferner würde der Krieg viele nationale Ueberschüsse aufbrauchen, die Heere der Arbeitslosen, die alle Länder bedrohen, vermindern und der Oligarchie eine Atempause zur Ausführung ihrer weiteren Pläne geben. Ein solcher Krieg würde tatsächlich die Oligarchie in den Besitz des Weltmarktes bringen. Er würde auch ein großes stehendes Heer schaffen, das nicht mehr abgerüstet zu werden brauchte, während die öffentliche Meinung mit dem Ruf: „Amerika gegen Deutschland“, anstelle des Rufes: „Sozialismus gegen die Oligarchie“ bearbeitet würde.

Und sicherlich hätte der Krieg die Erwartungen der Oligarchie erfüllt, wenn nicht die Sozialisten getreten wären. Eine geheime Zusammenkunft der westlichen Führer fand in unseren vier ennen Jarmen der Welt statt. Hier

wurde zuerst der Standpunkt erwoogen, den die Sozialisten einzunehmen hätten. Nicht zum erstenmal setzten wir unseren Fuß dem Krieg auf den Nacken. Aber zum erstenmal taten wir es in den Vereinigten Staaten. Nach unserer geheimen Zusammenkunft traten wir in Fühlung mit der nationalen Organisation, und bald gingen unsere geheimen Kabelmeldungen über den Atlantischen Ozean zwischen uns und dem Internationalen Bureau hinüber und herüber.

Die deutschen Sozialisten waren bereit, mit uns gemeinsame Sache zu machen. Es waren aber fünf Millionen Mann, darunter viele, die im aktiven Heere dienten und diese standen in Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen. In beiden Ländern erhoben die Sozialisten in keiner Sprache Einspruch gegen den Krieg und drohten mit dem Generalstreik. Und in der Zwischenzeit trafen sie ihre Vorbereitungen hierzu. Ferner brachten die revolutionären Parteien in allen Ländern den sozialistischen Grundgedanken vom internationalen Frieden öffentlich zur Sprache, der für alle Fälle, selbst für den Fall einer Revolte und Revolution in der Heimat beibehalten werden mußte.

Der Generalstreik war der große Sieg, den wir amerikanischen Sozialisten gewonnen haben. Am vierten Dezember wurde der amerikanische Gesandte in der deutschen Hauptstadt abberufen. In derselben Nacht machte die deutsche Flotte einen Angriff auf Honolulu, zerstörte drei amerikanische Kreuzer und einen Zerstörer und bombardierte die Stadt. Am folgenden Tage erklärten Amerika und Deutschland den Krieg, und innerhalb einer Stunde riefen die Sozialisten in beiden Ländern zum Generalstreik auf.

Anfänglich wandte sich der deutsche Kriegsherr an die Mächte seines Reiches, die ihm Gewalt ausübten. Ohne sie konnte er keine Herrschaft nicht ausüben. Das Neue der Lage lag darin, daß die Aufrechter unzulässig waren. Sie kämpften nicht. Sie taten nichts. Und dadurch banden sie ihrem Kriegsherrn die Hände. (Fortsetzung folgt)

die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse nicht wünsch und werde sich als nicht mehr durch die Verpflichtungen des englisch-russischen Handelsabkommens gebunden erachten.

Der Schritt der englischen Regierung hat eine ungeheure Erregung in der englischen Arbeiterschaft hervorgerufen. Wenn die britische Regierung, schreibt der Daily Herald, unzulänglich sein sollte, um das geplante Verbot zu begeben, so würde sie auf einen Widerstand in dem Lande — und zwar nicht nur unter der Arbeiterschaft — stoßen, der die Herren Minister und Beamten überrollen wird. Wir müssen wieder mit derselben Schnelligkeit und Entschlossenheit handeln, wie im Jahre 1920, wo es galt, England zu hindern, Polen in seinem Angriff gegen Sowjetrußland zu unterstützen, erklärte der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Großbritanniens sandte an alle lokalen Organisationen folgendes dringendes Telegramm: Die Lage ist außerordentlich ernst. Beginn sofort mit der Agitation innerhalb der Arbeiterorganisationen zwecks Bildung von Aktionskomitees. Verleihe Beibehaltung des Handelsvertrages, sofortige und unbedingte Anerkennung Sowjetrußlands, schleunigste Einberufung einer Friedenskonferenz mit Rußland zwecks Regelung der strittigen Fragen, nicht mit dem Krieg gegen die Arbeiterrepublik.

Der Hauptgrund für die eingetretene Wandlung in der Politik Englands besteht darin, daß die englische Regierung glaubt, binnen kurzem den Frieden mit der Türkei zu schließen und dadurch Rußlands Einfluß in Asien weniger zu fürchten brauchen. Der Abbruch der Beziehungen mit England, dessen Regierung bereits seit längerer Zeit den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern lahmerte, wird für Rußland keinen empfindlichen Schlag bedeuten. Die Sowjetregierung weiß nur zu gut, daß Rußland bei seinem wirtschaftlichen Aufbau, der von Monat zu Monat Fortschritte macht, zunächst auf sich selbst angewiesen sein wird. Die Debatte über die wirtschaftlichen Fragen und die internationalen Beziehungen auf dem jüngsten Parteitag der KPD zeigten, daß über diesen Punkt vollkommene Klarheit in Rußland herrscht. Rußland kann warten.

Die englische Regierung aber wird sich binnen kurzem überzeugen, daß sie durch die herausfordernde Haltung Rußlands gegenüber immer und vielleicht auch außenpolitische Schwierigkeiten heraufbeschwört, die nicht leicht zu überwinden sein werden. Der Bruch mit Rußland droht ein Nagel zum Sarg des konservativen Bonar-Law-Kabinetts zu werden.

Die Wirtschaftslage im April

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im dritten Monat der Ruhrbesetzung wird, wie sich aus den Berichten der deutschen Handelskammern ergibt, gekennzeichnet durch eine Fort-

auer und teilweise Verschärfung der Absatzkrise. Diese Absatzkrise ist in einigen Industrien durch die neue Senkung der Marktpreise vorübergehend vermindert worden. Doch dieser durch den Marktschwund ermöglichte Ausbruch ist die Lage der meisten Industrien keine günstige. Die Steinindustrie bedringt in Oberschlesien war etwa so groß wie in den Vormonaten. Im Braunschweiggebiet wurden die Sonderabgaben eingestrichelt. In der Rüstungsindustrie haben sich die Großbetriebe teilweise verschlechtert. Die Großbetriebe der Eisenindustrie des besetzten Gebietes hatten unter Mangel an Belegschaft zu leiden. Im Kohlebergbau nahm die Nachfrage nach der Verschlechterung der Markt etwas zu. Der Geschäftsgang der Holzwerkstoffe war unbefriedigend. Im Holzhandelsbau zeigte sich vor allem nordamerikanische Konkurrenz. Die nordamerikanische Industrie hat politische Aufträge erhalten, durch die Exportkonzession sich den Bau umfangreicher Bahnanlagen gesichert, ebenfalls in Ostpreußen. In der elektrotechnischen Industrie ist ein weiteres Nachlassen der Aufträge zu verzeichnen. In der Schiffbauindustrie macht sich die englische Konkurrenz immer mehr bemerkbar. Die Aufträge im Ausland beschränken sich auf Reparaturen. In der chemischen Industrie ist ebenfalls keine Besserung zu verzeichnen. Das Auslandsgeschäft hörte fast vollkommen auf.

Die Lage auf dem Baumarkt war unheimlich; teilweise ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. In der Zementindustrie hat sich die Geschäftslage weiter verschlechtert. Inlandbedarf war nicht vorhanden. Der Export ist über ein Drittel zurückgegangen, weil die Konkurrenz mit der belgischen und schweizerischen Industrie unumgänglich war. Es wurden neue Betriebe in Schließung vorgenommen; die Zahl der Arbeiter hat zugenommen. Auch in der Holzindustrie ist ein weiterer Geschäftsrückgang zu verzeichnen. Die Preise stehen über Weltmarktniveau und verhindern den Export. Betriebsbeschränkungen fanden statt. Oefen wurden gelöscht. Auch in der Textilindustrie ist die Lage eine schlechte. In der Seidenindustrie ist es nach dem neuen Marktschwund etwas besser geworden. Die Lage der Schuhindustrie hat sich nicht gebessert. In der Tabakindustrie ist ebenfalls keine Besserung eingetreten.

Die Prozentpatrioten demaskieren sich

Spitzhaken lieben es, zu schreien: „Halte den Dieb!“ Das ist ein Mittel, sich der Gefahr des Gefährlichen zu entziehen. Nach dieser Taktik demaskieren sich nun unsere Prozentpatrioten — einer verrät den anderen. Auf dem Schrottmarkt gibt es eine tolle Hausse. In einer Zuschrift an das „B. Z.“ waren die Werke der Schwerindustriellen in Rheinland-Westfalen beschuldigt worden, die Hausse verursacht zu haben, indem sie große Mengen Schrott aufgelaufen und im unbesetzten Gebiet

gelagert hätten. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Werke (vor allem Stinnes) die Eisenverlehnkredite, die dazu dienen sollten, die Lohnzahlungen aufrecht zu erhalten, dazu benutzten, um den gesamten zu ersaffenden Schrott einzulagern und damit die Hausse herbeizuführen. Diese Politik habe sehr trefflich zu dem Geschrot von der nationalen Einheitsfront. Die deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttenengesellschaft (Stinnes) will nun aber nicht allein auf der Sündenbank sitzen. Sie behauptet, ihre Schrotteinkäufe seien nicht übermäßig stark gewesen, die Hauptschuld an der Hausse trage der Schrotthandel, der den Abwachsrott von Schiffen in das Ausland exportiere.

Während die Kommunisten alles aufbieten, um den französischen Militarismus aus dem Lande zu treiben und die deutsche Wirtschaft vor einem vollständigen Zerfall zu bewahren, bemühen sich unsere Prozentpatrioten aus der Arbeiterschaft in ungezügelter Profligkeit die Abwehrfront zu zerlegen.

Für den Kapitalisten gibt es nur eine Religion, nur eine Nation: Geld und Profit!

Der Arbeiter steuerfrei

Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat die Weisheit entdeckt, und der „Volksangeiger“ greift sie begierig auf. In seiner vorgestrigen Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages suchte Hermes die im stichlich unangenehme Feststellung, daß der weitaus größte Teil aller Steuern durch Einkommensteuern und von diesen wiederum 95 Prozent durch Lohnabzug abgeführt wird, dadurch zu entkräften, daß er erklärte:

„Nach Auffassung der Wissenschaft könne bei schwankenden Preisverhältnissen nicht davon die Rede sein, daß sogenannte direkte Steuern nicht überwälzbar wären. Gerade die Lohnsteuer bilde einen nicht unwesentlichen Faktor in allen Verhandlungen und Kämpfen über die Höhe der Löhne und Gehälter. Es sei daher sehr schwer, wenn nicht unmöglich, wirklich erfaßt nachzuweisen, daß die Steuer zunächst nicht einmal von den Arbeitnehmern auf die Arbeitgeber überwälzt werde.“

Das heißt man doch Tatsachen auf den Kopf stellen; aber selbst diese tendenziöse Verdrehung ist dem Minister Hermes Grund genug, zu verlangen, daß die indirekten Steuern weiter ausgebaut werden müßten, weil durch sie die gesamte Bevölkerung eine gerechte (!) Besteuerung erfahre. Wir können Herrn Hermes nur raten, diese indirekte Steuer möglichst nur auf Kartoffeln, Brot, Milch und Margarine zu legen und dafür die Luxussteuer ganz abzuschaffen. Denn auf irgendeine Weise muß man doch den „Festbesitzenden“ zur Steuerleistung herankommen! Nicht wahr, Herr Hermes!

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Goldantifemien

In der bürgerlichen Presse erscheinen immer noch sogenannte Bilanzen und Geschäftsabstufungen von Unternehmen. Sie gehören zu dem unerschämtesten Schwindel, der sich an die Öffentlichkeit wagt. Man darf ruhig behaupten, daß es kaum noch ein Unternehmen gibt, das seine wirklichen Vermögensverhältnisse erkennen läßt. Überall wird freigelegt und geloben. Überall läßt man Gewinne verschwinden. Es gibt Gratifikation und Dividenden auf Gratifikation. Es gibt Goldbilanzen auf Papiermarkt und es gibt Antifemien, die als Geschäftskonten in den Bilanzen erscheinen. Eine ganze Reihe von Unternehmen bezahlt die Auflichtstratantien schon seit längerer Zeit in wertvoller Form. Dabei kommen so horrend Summen heraus, daß man bestaunen muß, die Bilanzenbetreiber den Reib der einfachen Aktionäre, vor allem aber auch der Arbeiter und Angestellten erweisen. Darunter werden die Aufsichtsratsmitglieder über Geschäftskosten verbucht. So macht es nun auch die B. Z. - Hofmann-Rauchhammer u. Co. in ihrem letzten Bilanzgeschäftsbuch. Es ist eine „goldene Zeit“ für unsere Patrioten, die den Rummel verstehen.

Neue Literatur Ein neuer Kämpfer!

In den Ring der revolutionären Presse tritt als neuer Kämpfer „das Kampforgan und Sprachrohr des unterdrückten und ausgebeuteten Volks“, die „Freie Landpost“. In dem revolutionären Geist des Industrieproletariats stehen immer größere Massen revolutionärer ländlicher Arbeiter und Kleinbauern. Die jetzt erscheinende „Freie Landpost“ stellt sich in die einheitliche Front der städtischen und ländlichen werktätigen Massen, zum Kampf gegen die Industrie- und Agrarkapitalisten, für die Eroberung der Herrschaft über die Produktionsstätten. So, wie das Kampforgan der „Freien Landpost“ es ausdrückt, wird der Landarbeiter und Kleinbauer unter dem leuchtenden Stern der Arbeiter- und Kleinbauernräte die fruchtbarsten Blüten bestaunen. Aus dem Inhalt der ersten Nummer heben wir hervor: Zum Geleit — Das zurückgegangene Volksbegehren — Ein Mühsal und Ausblick — Solidaritätsklärung mit den ausgeschlossenen Mitgliedern des D. V. — Bild: Deutsche und französische Kapitalisten vertragen sich auf Kosten des arbeitenden Volkes — Für einheitliche Kampffront! — Die „Freie Landpost“ ist zu beziehen durch: Verlag Friedrichstadt-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 235. Die „Freie Landpost“ erscheint monatlich zweimal. Preis für Monat Mark 1.50 Mark ohne Bezugsgeld. Ab 15. Mai kann durch die Post bezogen werden.

Achtung! Metallarbeiter!
Zu der am Sonntag, den 13. Mai vormittags 10 Uhr im „Reichspräsident“, Clegnitz, stattfindenden **Metallarbeiter-Konferenz** ist es Pflicht einer jeden Fraktion mindestens einen Delegierten dahin zu entsenden.

Berichtungs-Kalender

- KPD** Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. 3499/507. Dr. Grottel: 3499/507. Dr. Grottel: 3499/507.
- KJD** Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. 3499/507. Dr. Grottel: 3499/507. Dr. Grottel: 3499/507.

Soeben neu erschienen:

- Spitzel.** Aus dem Sumpf der politischen Polizei. Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 M.
- Das zukünftige Petrograd.** Von G. Zwerowitsch. Broschiert, 197 Seiten stark, Preis 2100 M.
- Theorie des historischen Materialismus.** Von L. Budarin. Broschiert, 372 Seiten stark, Pr. 13.000 M.

Wieder eingetroffen: Taichen-Kalender der KPD für 1923.

255 Seiten stark Preis: 250.- Mk.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Pilottastr. 49/50. Abteilung: Buchhandlung.

Soeben erschien! Soeben erschien!

A. MARTYNOW

VOM MENSCHEWISMUS ZUM KOMMUNISMUS

Aus dem Inhalt: Die Lawine der Konterrevolution und des Banditismus. / Revolutionäre Diktatur oder parlamentarische Demokratie? / Den Weg gebahnt!

A. Martynow, der hervorragende Führer der Menschewiki, einer der ältesten Mitglieder des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratischen Partei, schildert in dieser Schrift seine Erfahrungen u. der Revolution und untersucht die Frage des Menschewismus und Kommunismus.

62 Seiten.

Verlag Carl Heyne Nachf. Louis Cohnbein, Hamburg 8.

Anfertigung an die Organisationen der KPD, ausschließlich durch die Vira, Berlin SW 61.

Kaufe Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngelisse Uhren

zu höchsten Tagespreisen

E. Beyer Bücherstraße 15

Zohlenleder-Ausschnitt

in allen Größen u. Stärken preiswert

Gebr. Tischler Lederwaren-Handlung Bücherstraße 15. P. 10. S. 10. S. 10.

Soeben neu erschienen:

Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland

Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von Willi Münzenberg.

Broschiert, 38 Seiten stark. Preis 200.- Mark.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Pilottastr. 49/50. Abteilung: Buchhandlung.

Genosse. Genossin. Werbe neue Leser!

Die **allerbilligsten Anzüge** und **Maglans**

taufen Sie direkt aus der Werkstatt, im **Herren-belleidungs-Haus**

169
Herrmann Parteltzke, **Pilottastraße 48**, 3. Haus vom **Rönigsplatz**.

★ Jedem **vorwärtsstrebenden Arbeiter** sind die **Ankündigungen** unserer **Buchhandlung** ganz besonders zu empfehlen.

★

Gewerkschaften

Breslau, Abteilung: Buchhandlung, Sonntag, den 13. Mai, vormittags 10 Uhr, im Reichspräsidenten, Clegnitz, stattfindende Metallarbeiter-Konferenz.

Andere Organisationen

Breslau, Abteilung: Buchhandlung, Sonntag, den 13. Mai, vormittags 10 Uhr, im Reichspräsidenten, Clegnitz, stattfindende Metallarbeiter-Konferenz.